



Redigiertes Wortprotokoll der 13. Sitzung

Ausschuss für Tourismus

Berlin, den 3. Dezember 2025, 15:11 Uhr
Paul-Löbe-Haus
4.600

Vorsitz: Anja Karliczek, MdB

Tagesordnung – Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 4

Öffentliche Anhörung zum Thema
„Geschäftsreisen“



Teilnehmende Ausschussmitglieder

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Babendererde, Dr. Cornell-Anette Bodin, Leif Erik Karliczek, Anja Kießling, Michael	Koller, Hans
AfD	Brucker, Erhard Münzenmaier, Sebastian	
SPD	Schmid, Christoph Zierke, Stefan	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Gastel, Matthias Schmidt, Stefan	
Die Linke	Gennburg, Katalin	



Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung zum Thema

„**Geschäftsreisen**“

am Mittwoch, 3. Dezember 2025, 15:11 – 16:16 Uhr

Christoph Carnier

Präsident, Verband Deutsches Reisemanagement

Jörn Holtmeier

Geschäftsführer, Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Jakob E. Reitinger

Geschäftsführer, Regensburg Tourismus GmbH

Matthias Schultze

Managing Director, German Convention Bureau e.V.

Das Gesamtableau der Sachverständigen wurde im Einvernehmen aller Fraktionen vorgeschlagen und beschlossen.



Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema „Geschäftsreisen“

Hierzu wurden verteilt:

- A-Drs. 21(20)29
- A-Drs. 21(20)30
- A-Drs. 21(20)31
- A-Drs. 21(20)32

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Ich darf Sie alle zu unserer öffentlichen Anhörung zum Thema „Geschäftsreisen“ mit dem Themenschwerpunkt „Rolle der Messewirtschaft als Motor für Geschäftsreisen und als Standortfaktor“ begrüßen.

Zu Beginn heiße ich unsere Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge herzlich willkommen:

- **Christoph Carnier** (Präsident, Verband Deutsches Reisemanagement)
- **Jörn Holtmeier** (Geschäftsführer, Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft)
- **Jakob E. Reitinger** (Geschäftsführer, Regensburg Tourismus GmbH)
- **Matthias Schultze** (Managing Director, German Convention Bureau e.V.)

Alle Sachverständigen haben die erbetenen schriftlichen Stellungnahmen abgegeben, die wir an alle Ausschussmitglieder verteilt und als Ausschussdrucksachen veröffentlicht haben.

Als Vertreter der Bundesregierung begrüße ich für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) Herrn Regierungsdirektor Andreas Kolbe.

Interfraktionell haben wir vereinbart, dass wir zwei Fragerunden à sechs Minuten je Fraktion durchführen. Das Stellen der Fragen und die Beantwortung durch die Sachverständigen muss also innerhalb dieser sechs Minuten erfolgen.

Für die erste Runde darf ich nun für die CDU/CSU-Fraktion dem Abg. Leif Erik Bodin das Wort erteilen.

Abg. **Leif Erik Bodin** (CDU/CSU): In der Stellungnahme des Sachverständigen Carnier ist ausgeführt, dass sich die Anzahl der Geschäftsreisen in Deutschland seit 2019 fast halbiert habe. Wie haben sich die Zahlen im europäischen Vergleich entwickelt? Wie hat sich der generierte Umsatz innerhalb der Branche verändert? Sehen Sie Gründe für mögliche Unterschiede im europäischen Vergleich?

Sie haben auch das Thema Entbürokratisierung angesprochen – ein aus unserer Sicht entscheidender Punkt. In Ihrer Stellungnahme beschreiben Sie den Aufwand rund um die sozialversicherungsrechtlichen A1-Bescheinigungen, die ausländische Geschäftsreisende mitführen müssen. Ist für Sie allein die Aufenthaltsdauer bei diesem Thema maßgeblich oder gibt es weitere Faktoren? Sie plädieren für eine klare Definition von Geschäftsreisen. Hierzu wäre für mich interessant, wie Sie eine Abgrenzung in der Sache vornehmen wollen.

Christoph Carnier (Verband Deutsches Reisemanagement e.V.): Die Zahl der Geschäftsreisen hat sich fast halbiert. Sie liegt 40 Prozent unter dem Niveau vor der Corona-Pandemie. Das europäische Ausland hat sich in diesem Bereich schneller erholt. Die Zahlen liegen dort teilweise über dem Niveau vor der Corona-Pandemie. Im letzten Jahr wurden von deutschen Unternehmen circa 47 Milliarden Euro für Dienstreisen ausgegeben. Vor Corona waren es 55 Milliarden, demnach sind wir noch circa 10 bis 12 Prozent von dem Vor-Corona-Niveau entfernt, was das bereitgestellte Budget angeht. Aber auch die Anzahl der Reisen ist gesunken. Ursache dafür ist unter anderem, dass es insgesamt weniger Ein-Tages-Reisen gibt, was durchaus sinnvoll ist. In der Corona-Zeit konnte jedermann lernen, dass man *Meetings* auch gut *online* durchführen kann, aber eben nicht alle. In anderen Ländern gibt es einen Trend zurück zum Reisen und eine Abnahme der *Online-Meetings*. Das wird beispielsweise durch eine Studie von McKinsey belegt.

Zum Thema „Bürokratie“: Die sogenannte A1-Bescheinigung bereitet in der Tat viel Aufwand, auch wenn Kontrollen nicht regelmäßig stattfinden. Trotzdem kann das Fehlen der Bescheinigung mit



Sanktionen belegt werden. Die Unternehmen müssen einen recht hohen Aufwand betreiben, um die A1-Bescheinigung vorlegen zu können. Es wäre schon hilfreich, wenn es für Dienstreisen eine klare Abgrenzung gäbe. Das grundsätzliche Erfordernis einer A1-Bescheinigung ist meines Erachtens durchaus nachvollziehbar. Wir haben aber vorgeschlagen, Dienstreisen mit einer Dauer bis zu 14 Tagen auszunehmen. Damit könnten wir circa 90 bis 95 Prozent aller Dienstreisen von dieser Bürokratie befreien.

Abg. **Leif Erik Bodin** (CDU/CSU): Ich würde gerne beim Thema „Entbürokratisierung“ bleiben. Können Sie die aus Ihrer Sicht größten Hemmnisse im Bereich bürokratischer Auflagen darstellen?

Christoph Carnier (Verband Deutsches Reisemanagement e.V.): Neben den Einreisebestimmungen innerhalb Europas ist das Thema der „Verpflegungspauschalen“ bzw. der sogenannten „Verpflegungsmehraufwendungen“ virulent. Der Aufwand, der hier betrieben werden muss, um die Mitarbeiter korrekt auf Reisen zu schicken und steuerlich sauber abzurechnen, ist enorm. Wenn man beispielsweise innerhalb Deutschlands unterwegs ist, erhält man einen Tagessatz von 28 Euro. Das soll für Frühstück, Mittag und Abendessen bei Selbstverpflegung reichen. Diese 28 Euro sind meines Erachtens nicht ausreichend. Hinzu kommen die komplexen Abzüge, wenn ein Mitarbeiter einmal eingeladen wurde oder selbst eine Einladung ausgesprochen hat. Das ist alles nicht mehr zeitgemäß.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Die nächste Frage stellt Abg. Erhard Brucker für die AfD-Fraktion.

Abg. **Erhard Brucker** (AfD): Meine erste Frage richtet sich an Herrn Schultze. Uns wurde hier im Ausschuss in einer der letzten Sitzungen eine Studie des Umweltbundesamts (UBA) zum Thema „Nachhaltigkeit und Reisen“ vorgestellt. Diese Studie hat gezeigt, dass über zwei Drittel der Deutschen das Thema „Nachhaltigkeit“ sowohl aus sozialer als auch ökologischer Sicht für wichtig erachten. Trotzdem spielt der Nachhaltigkeitsfaktor nur bei drei bis fünf Prozent der Buchungen einer Reise eine verschwindend geringe Bedeutung. Wie

wichtig sind aus Ihrer Sicht nachhaltigkeitsorientierte Angebote?

Meine zweite Frage geht an Herrn Holtmeier. Auf dem Messemarkt herrscht starke internationale Konkurrenz. Gewisse Länder wie zum Beispiel China, die Vereinigten Arabischen Emirate oder die USA investieren massiv in die Messeinfrastruktur. Was unternimmt Deutschland auf diesem Gebiet? Sehen Sie Risiken für Deutschland, wenn man für eine vereinfachte Visa-Erteilung für die Einreise nach Deutschland sorgen würde?

Matthias Schultze (German Convention Bureau e.V.): Zunächst möchte ich dem gesamten Ausschuss danken für die tatkräftige Unterstützung des Tourismusstandortes Deutschland. Wir wissen das sehr zu schätzen. Ich spreche für unsere über 400 Mitglieder. Danke auch für die starke Unterstützung der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) – einer unserer wichtigsten strategischen Partner. Wir können auf die Marktforschung der DZT zurückgreifen und kooperieren sehr eng mit der DZT, die immer ein offenes Ohr für das Thema „Geschäftsreisen“ hat.

Zu Ihrer Frage hinsichtlich der Bedeutung des Themas „Nachhaltigkeit“ kann ich auf die von uns durchgeführten Studien verweisen. Diese Studien richten sich an Entscheider in Deutschland, in Europa und weltweit und untersuchen die Frage, welche die Rolle „Nachhaltigkeit“ bei der Entscheidung für einen Tagungs- und Kongressstandort spielt. 90 Prozent der Veranstaltungsplaner sehen Nachhaltigkeit als wichtiges Kaufkriterium an. Die Betreiber auf der anderen Seite sehen Nachhaltigkeit als Qualitätsentwicklungsmerkmal und auch als Kostensparmodell an, wenn es etwa um die Energieversorgung der entsprechenden Immobilien geht. Nachhaltigkeit spielt im internationalen Wettbewerb also nach wie vor eine große Rolle, gerade wenn es darum geht, mit europäischen Standorten im Wettbewerb zu bestehen. Gerade die skandinavischen Länder sind angesagte Tagungs- und Kongressstandorte, beispielsweise Kopenhagen, Oslo und viele andere Standorte mehr, die massiv in Nachhaltigkeitsbemühungen investieren.



Neben Nachhaltigkeit sind viele andere Kriterien für die Auswahl eines Standortes für Tagungen und Kongresse entscheidend. Zum Beispiel sagen 83 Prozent der Veranstaltungsplaner, dass sie sich den Ort der Veranstaltung nach dem Thema auswählen, welches auf der jeweiligen Veranstaltung behandelt werden soll. Dafür ist ein starker Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort ausschlaggebend. Wenn man beispielsweise eine Konferenz zum Thema „Medizintechnologie“ oder „erneuerbare Energien“ durchführen möchte, sucht man sich einen Standort, der inhaltlich am besten dazu passt: Einen Standort, wo geforscht und produziert wird und wo es entsprechende politische Unterstützung gibt. An solchen Standorten ist auch die entsprechende Expertise mit passenden Teilnehmern und Sponsoren vorhanden.

Jörn Holtmeier (AUMA e.V.): Die Investitionen am Messestandort Deutschland betragen bis 2029 circa 770 Millionen Euro. Das haben wir dieses Jahr ermittelt. Den Schwerpunkt bilden dabei tatsächlich Nachhaltigkeitsmaßnahmen. Wenn man beispielsweise in LED-Beleuchtung investiert, hat das natürlich auch positive Effekte auf die Betriebskosten.

Darüber hinaus gibt es weitere Investitionen in die Infrastruktur selbst. Beispielsweise haben Standorte wie Hamburg und Köln kürzlich neue Konferenzzentrumsmöglichkeiten geschaffen. Auch hat die Messe Nürnberg diese Woche ein Investitionsprogramm vorgelegt. Der Markt für Veranstaltungen und Messen ist ein internationaler Markt. Deswegen werden dort sehr hohe Investitionen getätigt. Das gilt sowohl für den europäischen als auch den internationalen Markt, beispielsweise den südkoreanischen.

Zum Thema „Visa-Erteilung“: Wir müssen unsere Visa-Verfahren viel stärker digitalisieren und angenehmer für Geschäftsreisende gestalten. Dort sind wir international im Nachteil. Viele internationale Märkte wie zum Beispiel Singapur, aber auch europäische Märkte, haben ein wesentlich besseres Visa-Vergabesystem – von der *Online*-Beantragung bis zur Ausstellung von Mehrjahres-Visa. Jedes Jahr kommen Millionen von Geschäftsreisenden aus aller Welt zu uns. Die deutschen Messen beherbergen rund zwei Drittel aller Weltleitmessen. Hier brauchen wir eine

Willkommens-Kultur, die sich eben auch in der Visa-Erteilung durch die deutschen Auslandsvertretungen widerspiegeln muss. Das ist derzeit nicht der Fall und daran muss dringend gearbeitet werden, um international nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Die nächste Frage stellt für die SPD-Fraktion Abg. Stefan Zierke.

Abg. **Stefan Zierke** (SPD): Meine Frage geht an den Sachverständigen Holtmeier. Welche Rolle spielt aus Ihrer Sicht die Qualität und Verfügbarkeit von Mobilitätsangeboten, insbesondere bei der Bahn, im Luftverkehr sowie die digitale Vernetzung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Geschäftsreisestandorts Deutschland?

Meine zweite Frage darauf aufbauend lautet: Welche Auswirkungen haben Messen auf die jeweiligen Regionen?

Jörn Holtmeier (AUMA e.V.): Die Qualität und die Verfügbarkeit von Mobilitätsangeboten sind ein entscheidender Standortfaktor. Ich selbst hatte heute wieder eine Stunde Verspätung mit der Deutschen Bahn. Auch bin ich schon einmal mit 200 japanischen Messegästen an der Frankfurter Messe gestrandet, weil das digitale Display der Frankfurter S-Bahn nicht funktioniert hat. Das passiert in den Wettbewerbsmärkten nie. Von daher gilt: Alles, was die Bundesregierung zur Verbesserung der Infrastruktur und des Mobilitätsangebots in unserem Land unternimmt, kann man nur unterstützen. Es geht aber nicht schnell genug, weil der Wettbewerb nicht schläft.

Wir begrüßen und unterstützen die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung mit Blick auf den Luftverkehr. Beim Angebot an Flugverbindungen nach Deutschland, der ja für internationale Geschäftsreisende sehr wichtig ist, sind wir im Gegensatz zu unseren europäischen Nachbarn immer noch nicht auf dem Niveau vor der Corona-Pandemie.

Natürlich ist die Frage der pünktlichen und zuverlässigen Erreichbarkeit für Teilnehmer und Besucher internationaler Messen sehr wichtig. Das betrifft nicht nur den *Incoming*-Bereich, sondern



hat auch für deutsche Unternehmen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. 87 Prozent aller ausstellenden Unternehmen sind kleine und mittelständische Unternehmen – ein Großteil davon deutsche. Diese machen ihr Geschäft auf internationalen Messen hier in Deutschland. Wenn ihre potenziellen Kunden und Partner nicht problemlos einreisen können, sondern sich deswegen für andere Destinationen und Märkte entscheiden, hat das negative Konsequenzen. Daran müssen wir arbeiten.

Die Messewirtschaft steht aktuell für 28 Milliarden Euro gesamtwirtschaftlicher Effekte. Dazu zählt alles, was in Verbindung mit einer Messe zu betrachten ist: vom Standbau über Gastronomie und Hotellerie bis hin zum Handwerker. Das sind gewissermaßen wirtschaftliche Ökosysteme mit enormen Effekten für die jeweiligen Regionen. In der Summe sind es vier Milliarden Euro Steuergelder, die der Staat jedes Jahr dadurch vereinnahmt. Das sind die Zahlen von 2017. Wir arbeiten aktuell daran, neue Zahlen zu erheben. Den Wirtschaftsfaktor „Messe-tourismus“ haben auch andere Regionen und Märkte erkannt. Singapur oder Thailand investieren hier im dreistelligen Millionenbereich, um internationale Formate anzuwerben. Durch Messen können bedeutsame positive Effekte für die Regionen generiert werden: zum einen für die auf den Messen vertretenen Unternehmen und zum anderen gibt es die gesamtwirtschaftlichen Effekte für die Messe-Regionen.

Jakob E. Reitinger (Regensburg Tourismus GmbH): Wir wissen, dass die Gründe für die Standortentscheidung von Messen und Kongressen mannigfaltig sind. Das Gesamtpaket muss stimmen. Das Kunst- und Kulturangebot muss stimmen und der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sollte passen. Dort, wo eine gesunde Wirtschaft vorhanden ist, gibt es auch gesunden Geschäftstourismus. Entscheidend sind gute Anbindungen an Messestandorte. Regensburg ist etwa gut an München und andere Flughäfen angebunden. Dadurch ist auch die Wertschöpfung ähnlich groß wie in Destinationen wie München und Nürnberg. Immerhin sind es zum Beispiel in Regensburg 84 Millionen Euro pro Jahr.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Die nächste Frage stellt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Abg. Stefan Schmidt.

Abg. **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage geht an den Sachverständigen Reitinger: Können Sie uns das Konzept des Marina-Forums in Regensburg als Vorreiter für nachhaltige Kongresse ausführlicher vorstellen? Welche Vorteile hat das Konzept, wie wird es von der Branche angenommen und welche Rückmeldungen bekommen Sie von den Besuchern der jeweiligen Veranstaltungen?

Sie haben zudem angesprochen, dass Sie sich mehr Unterstützung für nachhaltige und barrierefreie Veranstaltungsorte wünschen, weil das zunehmend ein entscheidendes Kriterium für nationale und internationale Veranstaltungen ist. Was wünschen Sie sich konkret von der Bundesregierung – insbesondere mit Blick auf Wettbewerbsfähigkeit und ESG-Konformität (*Anm.: ESG bezeichnet die Berücksichtigung von Environment- (Umwelt-), Social- (Sozial-) und Governance-Kriterien (Unternehmensführung)*).

Jakob E. Reitinger (Regensburg Tourismus GmbH): Man hat sich vor rund 20 Jahren in Regensburg entschieden, das Marina-Forum zu bauen. Das Marina-Forum ist ein Vorzeigeprojekt, mit dem wir uns früh auf Nachhaltigkeit spezialisiert haben. Wir erfüllen hier zahlreiche Kriterien bzw. Zertifikate, beispielsweise die Exzellenzinitiative, Gemeinwohlökonomie und SDG-Ziele (*Sustainable Development Goals (SDG) sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen*). So wurde unter anderem ein barrierefreier Zugang frühzeitig auf den Weg gebracht. Übrigens wurden Regensburg und Leipzig jüngst als erste deutsche Städte für den Titel „*European Capital of Smart Tourism*“ in Brüssel nominiert. Leider ging die Auszeichnung später an skandinavische Länder. Aber es zeigt sich deutlich, dass hier durch Förderungen viele Dinge auf den Weg gebracht wurden, die zusammenhängend mit Messe- und Kongresswirtschaft sehr viele Vorteile bieten.

Ein großes Problem sind auch die Kapazitäten. Wir hatten zum Beispiel eine Anfrage des Leibniz-Instituts, das gerne mit 1.500 Menschen gekommen wäre. Wir haben allerdings nur Kapazitäten bis zu



800 Personen. Es geht also darum, solche Bauten zu fördern.

Aber auch die Anbindung muss gefördert werden. Man kommt von Wien und Salzburg sehr gut nach München. Danach wird es aber schwierig, nach Regensburg zu kommen. Die verkehrstechnische Anbindung ist sehr wichtig.

Abg. **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich es richtig verstanden habe, ist also gar nicht der Ort an sich das Problem, sondern vor allem die Erreichbarkeit. Vielleicht können Sie das noch mal nach Verkehrsträgern differenzieren. Ich habe jetzt Flug- und Zugverbindungen rausgehört. Aber ich weiß gar nicht, wie die Geschäftsreisenden nach Regensburg anreisen.

Jakob E. Reitinger (Regensburg Tourismus GmbH): Es geht aus Regensburger Perspektive darum, auch in Spitzenzeiten eine Alternative zu anderen Messestandorten zu bieten. Die Anbindung an die Flughäfen von Regensburg muss gut funktionieren und der Flugverkehr muss die richtigen Verbindungen anbieten. Das bringt auch zusätzliche Wertschöpfung für die Region. Unser Ziel ist, die Klientel in unserer Region zu halten und nicht zu anderen Standorten abwandert.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Die letzte Frage in der ersten Fragerunde stellt für Die Linke Abg. Katalin Gennburg.

Abg. **Katalin Gennburg** (Die Linke): In der Berliner Landesregierung haben wir seinerzeit immer wieder darüber diskutiert, wie wir mehr Geschäftsreisende nach Berlin holen können, damit wir diesen Partytourismus etwas zurückdrängen. Ich nehme an, die Debatte ist Ihnen geläufig, so dass ich daran anknüpfen möchte.

Dieser Wandel hin zum Qualitätstourismus ist eine beliebte Erzählung. Mich würde interessieren, ob und wo dieser Wandel bzw. die Neuausrichtung des Tourismus bereits gelungen ist.

Dann möchte ich das Thema „alte und neue Messestandorte“ ansprechen. Die Anforderungen an Messestandorte haben sich ja verändert. Wie ist inzwischen die Situation in veralteten Messestandorten? Muss man sich damit

auseinandersetzen, dass manche Städte überhaupt nicht mehr nachkommen, weil sich eben alles auf München, Berlin und Köln konzentriert? Wie geht man damit um, dass hier eine harte Konkurrenz unter den Standorten existiert?

Zuletzt würde ich nochmal an das Thema „Kunststandort, Kultur und urbane Räume“ anknüpfen. Ich finde die Frage, wie Messestandorte besonders attraktiv werden können, spannend, weil sich die jeweiligen Branchen befruchten können. Das kann dann aber für die jeweilige Stadtpolitik zum Problem werden, wenn eine Branche die andere verdrängt.

Meine letzte Frage richtet sich an alle Sachverständigen. Können Sie alle kurz etwas dazu sagen, wie vulnerabel Orte sind, wenn sie allein vom Messegeschäft abhängig sind?

Matthias Schultze (German Convention Bureau e.V.): Deutschland als Kongressstandort ist weltweit das Land, welches die meisten beruflich motivierten Besucher ansteuern, um an Veranstaltungen, Messen, Tagungen und Kongressen teilzunehmen. Jede zehnte internationale Geschäftsreise weltweit führt nach Deutschland. Das leistet schon mal einen sehr starken Beitrag zu diesem qualitativen Wandel. Zudem ist jede sechste Geschäftsreise eine Reise, mit der die Teilnahme an einer Messe, einer Tagung oder einem Seminar bezweckt wird.

Die Gründe, warum die Menschen nach Deutschland reisen, sind neben Wirtschaft und Wissenschaft die hier angebotenen Inhalte, die in entsprechenden Formaten kuratiert werden. Die Königsklasse besteht darin, den Inhalt der Konferenz mit dem urbanen Raum zu „verheiraten“. Das kann geschehen, indem man die Bürger bzw. die Zivilgesellschaft, aber auch Wissenschaft und Forschung vor Ort, mit einbindet. Der Besucher „taucht“ gewissermaßen in den Standort ein und lernt dort von den Expertisen und von den *Best Practices*, die es vor Ort gibt.

Jakob E. Reitinger (Regensburg Tourismus GmbH): Ich würde gerne zum Thema „Kultur“ Stellung nehmen, da ich auch Kunsthistoriker bin und für die Kulturhauptstadt Europas 2024 (*Anm.: Bad Ischl in Österreich*) zuständig war. Ich kann Ihnen



dazu auch eine eindrucksvolle Zahl nennen. Wir hatten eine Steigerung von 15 Prozent bei Übernachtungen in der Nebensaison durch Kultur im ländlichen Raum. Daran kann man sehen, dass Kultur in Verbindung mit Geschäftstourismus, Kongressen und Messen ein wichtiger Entscheidungsfaktor für Messen ist.

Jörn Holtmeier (AUMA e.V.): Ich möchte nochmal kurz auf das Thema „Messestandorte“ eingehen. Eingangs hatte ich schon das Investitionsvolumen der deutschen Messewirtschaft von 770 Millionen Euro bis 2029 erwähnt. Wir haben in der Spitze bis zu 16 Millionen Besucher jedes Jahr auf Messen in Deutschland und über 180.000 Unternehmen aus der ganzen Welt, die bei uns ausstellen. Diese würden nicht kommen, wenn die Infrastruktur nicht in Schuss wäre. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe an Messestandorten aufzählen, die kontinuierlich investieren und erneuern. Von daher sehe ich keinen Gegensatz zwischen alten und neuen Messestandorten. Ich möchte nochmal unterstreichen, dass Messen deutschen Unternehmen eine Geschäftsplattform bieten, um internationale Kundschaft zu akquirieren und ihre Produkte „*Made in Germany*“ abzusetzen. Hier nimmt Deutschland im internationalen Vergleich immer noch einen Spitzenplatz ein.

Wir sind in Deutschland mit seinem guten, heterogenen Mittelstand sehr gut aufgestellt. Das gilt es politisch zu flankieren und zu stärken – sei es mit vereinfachten Visa-Verfahren oder eben durch Unterstützung in der öffentlichen Debatte. Geschäftsreisen sind eben kein Partytourismus.

Christoph Carnier (Verband Deutsches Reisemanagement e.V.): Ich möchte anknüpfen an die erste Frage von Frau Gennburg. In der Tat ist der Reiseanlass bei einer Dienstreise ein anderer als beim Partytourismus. Neben den Messen gibt es aber auch noch normale Tagungen, die von Unternehmen durchgeführt werden. Das sind dann gewissermaßen die anderen fünf Reisenden; jeder sechste Geschäftsreisender ist – wie gesagt – ein Messereisender. Wichtig ist, dass der Standort gut zu erreichen, zentral gelegen und preislich attraktiv ist. Darüber hinaus sind leichte Einreisebestimmungen von Vorteil. Das sind die Themen, die hier eine Rolle spielen. Darüber

hinaus braucht es ein bedürfnisgerechtes Hotel- und Gastronomieangebot.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Dann gehen wir in die zweite Fragerunde. Für die CDU/CSU hat wieder Abg. Leif Erik Bodin das Wort.

Abg. **Leif Erik Bodin** (CDU/CSU): Herr Schultze, Geschäftsreisen sind trotz einiger Probleme weiterhin ein entscheidender Zweig unserer Tourismuswirtschaft. Das ist nach wie vor ein großes „Pfund“, mit dem wir international glänzen können und das wir nicht kleinreden sollten.

Angesichts der nachlassenden Geschäftsreisen im Vergleich zu 2019 stellt sich für mich die Frage, ob wir diesen Trend umkehren können bzw. ob es aus ihrer Sicht auch optimistische Perspektiven für die Branche gibt. Ist abschätzbar, wie groß der Anteil der „Kern-Geschäftsreisen“ sein wird – also der Anteil derjenigen Geschäftsreisen, der nach wie vor unverzichtbar für die Wirtschaft ist?

Matthias Schultze (German Convention Bureau e.V.): Ihre Frage trifft den Kern. Man muss sich die verschiedenen Arten von Geschäftsreisen ansehen. Bei der traditionellen Geschäftsreise geht es typischerweise um Kundenbesuche. Die traditionellen Geschäftsreisen stagnieren schon seit Jahren und waren auch schon vor der Corona-Pandemie rückläufig. Seit ungefähr 2013 sehen wir in diesem Segment einen Rückgang.

Auf der anderen Seite gibt es die sogenannten „promotablen“ Geschäftsreisen. Der Anlass ist nicht der traditionelle Kunden- oder Filialbesuch, sondern die Teilnahme an einer Messe, einem Kongress oder einer Tagung. Diese Geschäftsreisen haben die Stagnation der traditionellen Geschäftsreisen in den letzten Jahren überkompensiert. Das heißt, die Motivation oder der Anlass, eine Geschäftsreise zu unternehmen, um Geschäfte anzubahnen, um sich aus-, fort- und weiterzubilden, ist gestiegen. Kongresse und Tagungen gehören zum lebenslangen Lernen. Ich sage immer, wenn ein Geschäftsreisender schlauer zurückkommt, als er losgefahren ist, dann hat sich diese Reise gelohnt. Nebenbei werden Geschäfte angebahnt, Vertrauen aufgebaut und Innovationen gefördert. Das ist der Kern dieses Veranstaltungsformates. Deswegen sehen wir hier



eine Chance in der Stärkung des Veranstaltungsstandortes Deutschland. Denn je mehr hochwertige Veranstaltungen zu bestimmten Themen in Deutschland stattfinden, desto mehr stärkt es die Reputation des Standortes in bestimmten Wirtschafts- und Wissenschaftsbereichen. Im Endeffekt ist eine Veranstaltung ein verlängerter Arm der Wirtschaftsförderung. Dort sehe ich letztlich das Potenzial, den leicht rückgängigen Geschäftsreise-Tourismus im traditionellen Bereich wieder auszugleichen, indem wir eben attraktive Veranstaltungen, Messen, Kongresse und Tagungen nach Deutschland holen.

Abg. **Leif Erik Bodin** (CDU/CSU): Wenn wir jetzt auf diese Trends schauen: Wie ließe sich denn Ihrer Meinung nach die Anzahl der Reisen im *Blended Travel*-Bereich (*Anm.: Reiseform, die Arbeit und Freizeit kombiniert*) in Deutschland erhöhen – womöglich auch, um an anderer Stelle rückläufige Entwicklungen zu kompensieren?

Matthias Schultze (German Convention Bureau e.V.): Das ist in der Tat ein Trend, der sich schon vor Corona abgezeichnet, sich aber seitdem dadurch verstärkt hat, dass in einigen Berufen das mobile Arbeiten eine Alternative zum traditionellen Büro ist. Dadurch hat sich viel verändert.

Die Motivation, eine Geschäftsreise durchzuführen und diese mit privaten Aufenthalten zu verknüpfen, ist dadurch gestiegen. Von allen internationalen Geschäftsreisenden, die jährlich nach Deutschland reisen, denken mittlerweile 34 Prozent über eine Verknüpfung mit einem privaten Aufenthalt nach. Das bietet natürlich viel Potenzial – gerade für die Hotellerie, die Gastronomie, die Kulturstandorte und den Einzelhandel.

Der ursprüngliche Anlass bleibt aber die Geschäftsreise und die Verlängerung ist privater Natur. Dazu gibt es mittlerweile viele gute Ansätze. Dort sehe ich Potenzial, das wir noch heben können. Gerade, weil Deutschland Nummer eins bei internationalen Geschäftsreisen weltweit ist, haben wir mehr Teilnehmer als andere Standorte. Wir sollten versuchen, diese zu halten und deren Aufenthaltsdauer zu verlängern.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Für die AfD-Fraktion stellt Abg. Sebastian Münzenmaier die nächste Frage.

Abg. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Meine Fragen richten sich an den Sachverständigen Carnier. Sie betonen in Ihrer Stellungnahme die Notwendigkeit verlässlicher Luftverkehrsverbindungen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Luftverkehrssteuer genannt. Können Sie dazu ein bisschen näher ausführen? Gibt es Indizien, wonach die Luftverkehrssteuer den Standort Deutschland beeinträchtigt, weil die Anreise zu teuer ist? Kommt es deswegen zu Entscheidungen gegen den Standort Deutschland?

Meine zweite Frage: Können Sie uns sagen, welche weiteren Maßnahmen Ihr Verband im Bereich Steuerrecht oder Arbeitsrecht für notwendig erachtet? Was würden Sie sich von der Politik wünschen?

Christoph Carnier (Verband Deutsches Reisemanagement e.V.): Die Luftverkehrssteuer allein ist nicht das Thema, aber ein Problem unter vielen. Was wir deutlich sehen, sind die insgesamt gestiegenen Kosten bei Flugreisen in Deutschland. Das hängt sicherlich teilweise auch damit zusammen, dass Dienstreisen insgesamt zurückgegangen sind. Damit ist wahrscheinlich die Nutzung der von den Fluggesellschaften etwas stärker bepreisten *Business-Class*-Plätzen zurückgegangen. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Flugpreise insgesamt. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Flugkosten im Vergleich zu früher gestiegen sind und sich manche *Airline* entscheiden hat, verstärkt Luftfahrt-Drehkreuze außerhalb Deutschlands zu nutzen.

Wir liegen bei den Flugkosten im Schnitt 25 Prozent über dem Niveau vor Corona. In allen Bereichen gibt es Preissteigerungen – insbesondere beim Treibstoff und den Personalkosten. Leider ist Deutschland, was die Flugkosten betrifft, der teuerste Standort. Auch die Abgaben bei den Flughäfen sind deutlich höher als in anderen Ländern. Natürlich schauen die Fluggesellschaften, wo es für sie am wirtschaftlichsten ist. Auch die Unternehmen prüfen bei der Wahl ihrer Flüge, ob sie in grenznahe Gebiete ausweichen können –



beispielsweise von Köln nach Amsterdam oder Brüssel.

Wenn ich Wünsche in Sachen Bürokratieabbau artikulieren könnte, würde ich vor allem die A1-Bescheinigung für Dienstreisen komplett abschaffen. Bei den Verpflegungsaufwendungen würde ich eine Pauschale empfehlen. Die Unternehmen sollten selbst darüber entscheiden können, wie hoch diese ist.

Damit sind wir auch beim Thema „*Blended Travel*“. Hier sehe ich vor allem steuerliche Probleme bzw. Aufwände. Diese sind häufig ein Hemmnis. Hier wäre ein Mobilitätsbudget hilfreich. Das würden viele Unternehmen sicherlich sehr gerne ihren Mitarbeitern zur Verfügung stellen. Aktuell ist es jedoch so, dass über solche Ausgaben sehr genau Buch geführt werden muss, wofür diese Gelder genutzt wurden. Letztlich muss alles wieder versteuert werden – und zwar jeden Monat. Wenn man nur drei Mitarbeiter hat, auf die das zutrifft, und eine manuelle Lohnbuchhaltung, dann bekommt man das vielleicht noch hin. Für Unternehmen mit 100, 200 oder 1.000 Mitarbeitern ist das jedoch sehr aufwendig. Zwar gibt es dafür Abrechnungsprogramme, trotzdem müssen alle Daten jeden Monat eingespeist werden. Das erhöht die Fehleranfälligkeit und der Aufwand ist einfach sehr hoch. Deswegen schrecken viele Unternehmen davor zurück.

Meines Erachtens müsste man mehr mit Pauschalen arbeiten, die sich einfacher bearbeiten lassen und zudem dafür Sorge tragen, dass die Abrechnung nur einmal pro Jahr und nicht monatlich erfolgen muss.

Schlussendlich gibt es immer noch das Problem mit dem Hotelmeldeschein. Wir dachten eigentlich, dieser sei abgeschafft worden, aber faktisch ist er immer noch da. Das liegt einfach daran, dass es immer noch diese Unterscheidung zwischen inländischen und ausländischen Gästen gibt. Das zu überprüfen empfinden die Hoteliers als riskant. Ich persönlich kann die Hoteliers auch verstehen, die sagen, sie könnten an der Rezeption nicht überprüfen, ob es sich um einen Inländer oder Ausländer handele.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Die nächste Frage stellt Abg. Stefan Zierke für die SPD-Fraktion.

Abg. **Stefan Zierke** (SPD): Meine Fragen richten sich an die Sachverständigen Carnier und Holtmeier. Geschäftsreisen und Messereisen führen ja meist in attraktive Städte. Haben Sie das Gefühl, dass in Deutschland Geschäfts- und Messereisen durch den übrigen Tourismus bzw. den dort ggf. vorhandenen *Overtourism* behindert werden?

Lässt sich abschätzen, wie viel „Folge-Tourismus“ im Anschluss an eine Geschäftsreise stattfindet, also private Reisen im Anschluss an eine Geschäftsreise?

Christoph Carnier (Verband Deutsches Reisemanagement e.V.): Das Thema der angeschlossenen Privatreise wird heiß diskutiert, aber ich sehe hier keine großen Dimensionen. Hier spielen auch wieder steuerliche Probleme eine Rolle, die nicht im Sinne der Unternehmen sind. Es muss geprüft werden, welcher Anteil beruflich und welcher privat veranlasst ist – das ist oft nicht so ganz leicht.

Das Thema *Overtourism* in Deutschland sehe ich – ehrlich gesagt – nicht. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir Städte haben, die massiv überlaufen sind. Wir haben sicherlich gewisse „Hotspots“ und manchmal auch saisonale Spitzenzeiten, in denen die Hotels sehr teuer sind, aber ein grundsätzliches Problem mit *Overtourism* kann ich in deutschen Städten nicht erkennen.

Jörn Holtmeier (AUMA e.V.): Ihre Frage zeigt, welche Problematik wir bedauerlicherweise mit der UN-Definition von Tourismus haben, wonach Geschäftsreisen mit inbegriffen sind. Eine Geschäftsreise ist aber wirklich etwas anderes als die Reise in einen Freizeitpark oder in den Urlaub. Eine Geschäftsreise ist für Unternehmen eine Investition. Es geht darum, Geschäfte zu machen, Produkte abzusetzen und neue Kontakte zu knüpfen. In diesem Zusammenhang kann ich kein Thema *Overtourism* erkennen.

Wir haben sogar eine Studie zu der Frage durchgeführt, warum Unternehmen auf Messen präsent sein wollen. Die Unternehmen sparen



dadurch im Schnitt fünf weitere Geschäftsreisen ein. Diejenigen Firmen, die international mit dem Flugzeug von anderen Kontinenten her anreisen, sparen in der Spitze sogar bis zu 17 Reisen ein. Hier wird also Aktivität gebündelt. Deshalb kann ich auch keine Form von *Overtourism* oder ähnlichem erkennen. Für die von weit angereisten Geschäftsreisenden kann es durchaus attraktiv sein, noch ein Wochenende an die Reise „anzuhängen“. Das muss der Reisende dann aber mit seinem Unternehmen besprechen. Letztlich bleibt eine Geschäftsreise aber eine Investition eines Unternehmens in eine geschäftliche Tätigkeit, die das Ziel hat, Aufträge zu generieren. Daraus entwickelt sich dann vieles andere mehr, nämlich Produktion und Beschäftigung in Deutschland zu halten und Steuern in Deutschland zu generieren.

Deshalb ist es mir ein Anliegen, dass die Bundesregierung bei der UN darauf hinwirkt, zu einer besseren Fassung der Tourismusdefinition zu gelangen. Wir bräuchten eine Differenzierung zwischen Geschäftsreisen und privaten Reisen, weil es einfach sehr unterschiedliche Motivationen für diese Reisen gibt.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Gibt es noch Nachfragen?

Abg. **Stefan Zierke** (SPD): Ja, ich habe meine Frage vielleicht nicht richtig gestellt. Mir ging es darum, inwieweit Geschäfts- und Messereisen einen Imagefaktor für den deutschen Tourismus beinhalten können, und zwar in dem Sinne, dass daraus Folge Reisen im Privaten angereizt werden. Ich richte diese Nachfrage an den Sachverständigen Schultze.

Matthias Schultze (German Convention Bureau e.V.): Im Grunde geht es darum: Es gilt das Potenzial von internationalen Geschäftsreisen auszuschöpfen, die nach Deutschland kommen oder Geschäftsreisenden, die innerhalb Deutschlands beruflich motiviert unterwegs sind.

Es gibt in diesem Zusammenhang zwei Aspekte, die wir beleuchten können. Erstens gibt es die sogenannten „*Repeater*“ (*Anm.: Wiederholer*), die sich im Nachgang einer Messe oder eines Kongresses bewusst dazu entscheiden, den Standort erneut zu besuchen. Zu dieser

Fragestellung beauftragen wir gerade eine Studie, um die internationalen Quellmärkte besser kennenzulernen. Man spricht von bis zu 30 Prozent – diese Zahl ist aber nicht belegt. Jeder Dritte überlegt also, den Ort wieder zu besuchen. Wir wollen zu dieser Fragestellung demnächst evidenzbasierte Zahlen nachreichen.

Der zweite Aspekt ist: Wie viele Geschäftsreisende verlängern ihren Aufenthalt für einen privaten Urlaub? Das sind von den internationalen Gästen genau 34 Prozent. Diese Zahl haben wir erst vorletztes Jahr gemeinsam mit der DZT erhoben.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Die nächste Frage stellt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Abg. Stefan Schmidt.

Abg. **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte gerne daran anknüpfen und den Sachverständigen Reitinger fragen, ob und inwieweit durch das Thema „Kultur“ solche *Repeater*-Reisen ausgelöst werden können.

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Carnier. Sie haben schon kurz die Dienstreiserichtlinien der Unternehmen angesprochen. Inwiefern können nachhaltige Reise-Vorgaben der Unternehmen eine Rolle spielen? Ist es sinnvoll, bei den angesprochenen Mobilitätsbudgets eine Differenzierung vorzunehmen, um im Gegensatz zum Dienstwagen die Bahn im innerdeutschen und europäischen Verkehr als bevorzugtes Verkehrsmittel festzulegen? Gibt es neue Ansätze, die Bahnfahrt vollständig als Arbeitszeit anzurechnen? Könnte man das Mobilitätsbudget statt Dienstwagen anerkennen?

Jakob E. Reitinger (Regensburg Tourismus GmbH): Zunächst zur ersten Frage: Es stehen ja hinter den Entscheidungsträgern immer Menschen mit Affinitäten. Selbstverständlich kann Kultur eine davon sein. Große Firmen betreiben auch Sponsoring. Diese Unternehmen wählen bewusst Orte aus, um damit ein Statement abzugeben, aber auch um davon geschäftlich zu profitieren.

Christoph Carnier (Verband Deutsches Reisemanagement e.V.): Die Frage, ob das Thema „Nachhaltigkeit“ bei den Dienstreiserichtlinien der Unternehmen eine Rolle spielt, würde ich bejahen.



Das fängt schon damit an, dass die Unternehmen durchaus überlegen, ob die Reise aus ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten überhaupt gerechtfertigt ist. Eine Reise, die nicht stattfindet, ist immer die preiswerteste und CO₂-ärmste Reise.

Viele Unternehmen haben inzwischen vom Flug auf die Bahn umgestellt, wenn es um innerdeutsche Verbindungen geht. Das hängt natürlich von der jeweiligen Strecke ab, ob sie mit der Bahn zu vertretbaren Reisezeiten zu bewältigen ist. Alles, was innerhalb von vier bis fünf Stunden mit der Bahn erreichbar ist, wird mit der Bahn gemacht.

Im europäischen Raum wird die Bahn genutzt, wenn es vernünftige Verbindungen gibt. Das ist aber sehr standortabhängig. Die Bahn wird zudem zunehmend genutzt, weil die Unternehmen verpflichtet sind, einen Nachweis über ihren CO₂-Abdruck zu erbringen. Deswegen gibt es einen klaren Trend in Richtung Bahn.

Zum Thema „Mobilitätsbudget statt Dienstwagen“. Das ist eine Option, die man nutzen kann. Aber ich sehe das eher als zusätzliches oder ergänzendes Angebot, weil es sehr stark davon abhängt, wo die jeweiligen Mitarbeiter unterwegs sind. In infrastrukturschwachen Regionen ist der Dienstwagen noch immer das beste Mittel der Wahl. In großen Städten wie Berlin ist vieles auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut darstellbar, zumal man sich dann die Parkplatzsuche sparen kann. Unterm Strich spielt der Dienstwagen immer noch eine große Rolle wie überhaupt das Thema „Mobilität“. Zu beobachten ist ein Trend bei den Unternehmen hin zur E-Mobilität, um eben den erwähnten CO₂-Abdruck zu verringern. Auch die Nachfrage nach Dienst-Fahrrädern ist in den letzten Jahren gestiegen, seitdem es diese *Leasing*-Optionen gibt. Hier ist zurzeit eine Menge in Bewegung. Allerdings sehe ich – Stand heute – nicht, dass ein Mobilitätsbudget den Dienstwagen komplett ersetzen könnte.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Abg. Katalin Gennburg von der Fraktion Die Linke vollendet die Fragerunde.

Abg. **Katalin Gennburg** (Die Linke): Ich möchte

nochmal anschließen an die erste Rederunde. Die Kritik am wachsenden Tourismussektor – egal ob Party- oder Geschäftstourismus – hat ihre Begründung ja darin, dass die Nutzung der öffentlichen Infrastrukturen durch Touristen ohne Gegenleistung erfolgt. Das ist ein großer Kritikpunkt am Tourismussektor. Angesichts der Krise der Kommunal Finanzen stellen sich viele die Frage, wer für die oftmals marode Infrastruktur aufkommen soll? Sind Sie deswegen nicht alle der Meinung, dass es notwendig wäre, die Steuereinnahmen zu erhöhen, um die Kommunal Finanzen zu verbessern? Am Ende könnte das auch dem touristischen Sektor zugutekommen.

Matthias Schultze (German Convention Bureau e.V.): Ich kann hier nur für den Geschäftsreiseturismus sprechen. Der Geschäftsreiseturismus ist zwingend notwendig für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland. Es geht auch darum, Wissenschaftler nach Deutschland zu bringen oder in Deutschland zusammenzubringen, um komplexe Themen zu diskutieren und Innovationen voranzutreiben. Die Ausgaben, die im Rahmen dieser Geschäftsreisen getätigt werden, fließen in Form von Steuern zurück an den Staat und an die Kommunen. Wir haben allein bei inländischen Geschäftsreisenden Ausgaben von 375 Euro pro Person. Bei internationalen Geschäftsreisenden sind es bis zu 1.400 Euro, die am jeweiligen Standort ausgegeben werden. Das ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor, der nicht stattfinden würde, wenn diese Geschäftsreisenden nicht nach Deutschland kämen.

Jakob E. Reitinger (Regensburg Tourismus GmbH): Bekanntlich komme ich aus Österreich. Dort wird vieles anders finanziert. Beispielsweise hat Salzburg gerade eine Infrastrukturabgabe für jeden Reisenden von bis zu 1,50 Euro eingeführt und finanziert daraus den kompletten öffentlichen Verkehr. Man zählt aktuell 34 Millionen Nächtigungen im Salzburger Land pro Jahr. Es gibt also in der Tat diese Beispiele. Allerdings ist der Geschäftstourismus bis zu 14 Tage ausgenommen. Das wäre auf jeden Fall ein Aspekt, den man berücksichtigen müsste.



Christoph Carnier (Verband Deutsches Reisemanagement e.V.): Wenn wir den Reisestandort Deutschland preislich attraktiver machen, kommen wieder mehr Reisende. Mit den Ausgaben, die hier für Hotels und Gastronomie etc. getätigt werden, werden hier letztlich Steuern vereinnahmt. Damit lassen sich dann wiederum andere Dinge finanzieren. Wenn wir jetzt noch neue Abgaben einführen oder bestehende erhöhen würden, wäre das wahrscheinlich eher abschreckend. Man sollte eher durch attraktive Rahmenbedingungen Anreize setzen, als Tourist oder Geschäftsreisender hierher zu kommen.

Jörn Holtmeier (AUMA e.V.): Wie bereits ausgeführt führt allein die Messewirtschaft zu Steuermehreinnahmen von über vier Milliarden Euro. Allein der deutsche Einzelhandel profitiert mit über einer Milliarde Euro davon, dass wir internationale und nationale Messebesucher zu Gast haben. Von daher stellt sich die Frage weiterer Belastungen dort nicht, zumal es sie auch im internationalen Wettbewerb nicht gibt. Insofern kann ich mich nur Herrn Carnier anschließen. Wir müssen eben den Standort attraktiv halten. Ich denke nicht, dass Geschäftsreisende eine Gruppe sind, die keinen Beitrag für die Infrastruktur in Deutschland leisten.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Damit sind wir am Ende unserer öffentlichen Anhörung. Ich sage herzlichen Dank an alle Sachverständigen für Ihre Zeit und für Ihre schriftlichen Stellungnahmen. Ich glaube, wir haben heute viele Aspekte des Themas „Geschäftsreisen“ beleuchtet. Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Advents- und Weihnachtszeit sowie einen guten Start im neuen Jahr.

Schluss der Sitzung: 16:16 Uhr

Anja Karliczek, MdB
Vorsitzende



Verweis auf Stellungnahmen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Jakob E. Reitinger
A-Drs. 21(20)29

Christoph Carnier
A-Drs. 21(20)30

Matthias Schultze
A-Drs. 21(20)31

Jörn Holtmeier
A-Drs. 21(20)32